

Herrn **Bundesminister** DSA Johannes Rauch

Wien, am 16. August 2024

**Betreff: Ungleichbehandlung in der Schwerarbeitsverordnung für Gesundheits- und Pflegeberufe**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rauch,

Im Namen der Mitglieder der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft wenden wir uns heute an Sie, um zum wiederholten Mal auf eine schwerwiegende Ungerechtigkeit in der derzeitigen Schwerarbeitsverordnung aufmerksam zu machen, die insbesondere die Gesundheits- und Pflegeberufe betrifft. Diese Berufe, die einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, werden durch die aktuelle Regelung stark benachteiligt, und wir fordern eine umgehende Korrektur dieser Ungleichbehandlung.

Nach den derzeitigen Bestimmungen müssen Beschäftigte in vielen Berufsgruppen 120 Stunden schwere Arbeit pro Monat leisten, damit dieser Monat als Schwerarbeitsmonat anerkannt wird. Für die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufen jedoch gelten strengere Maßstäbe: Sie müssen 180 Stunden schwer arbeiten, um dieselbe Anerkennung zu erhalten. Das entspricht einem Drittel mehr Arbeitszeit - eine unzumutbare Mehrbelastung für diese ohnehin stark geforderten Berufsgruppen.

Pflegekräfte und medizinisches Personal sind tagtäglich mit physischen und emotionalen Herausforderungen konfrontiert, die häufig über das hinausgehen, was in anderen Berufen als schwerwiegend erachtet wird. Der ständige Umgang mit kranken und pflegebedürftigen Menschen, die immense Verantwortung für deren Wohlergehen sowie der oft herrschende Zeitdruck und Personalmangel stellen enorme Belastungen dar. Es ist unverständlich und nicht hinnehmbar, warum diese Berufe mehr Arbeitsstunden erbringen müssen, um dieselbe Anzahl von Schwerarbeitsmonaten zu erreichen wie Beschäftigte in anderen Bereichen. Diese Mehrbelastung widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung und ist inakzeptabel.

Im Namen der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft fordern wir Sie, Herr Gesundheitsminister, dringend auf, diese Ungleichbehandlung umgehend zu beenden. Es ist unerlässlich, die tatsächliche Belastung der Beschäftigten in den Mittelpunkt zu stellen und die monatliche Bemessung von tageweiser Betrachtung auf eine stündliche mit 120 Stunden für alle Berufsgruppen umzustellen.

Eine gerechte Regelung würde nicht nur den Betroffenen zugutekommen, sondern auch ein klares Signal der Wertschätzung für jene Berufe setzen, die in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Die Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen leisten tagtäglich einen unschätzbaren Beitrag für das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Diese Arbeit sollte nicht nur respektiert, sondern auch in den gesetzlichen Regelungen angemessen berücksichtigt werden.

Daher appellieren wir an Sie, sich dieser Thematik noch in dieser Legislaturperiode anzunehmen und die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Schwerarbeitsverordnung im Sinne der Fairness und Gerechtigkeit zu reformieren.

Wir werden diesen Brief veröffentlichen, um auch in der Öffentlichkeit auf diese dringende Notwendigkeit hinzuweisen. Die Zeit für eine faire und gerechte Anpassung der Schwerarbeitsverordnung ist gekommen.

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Waldhör  
**Vorsitzender GÖD-Gesundheitsgewerkschaft**